

SOLIDARISCH



AUCH IM AUSLAND SOLLEN SCHWEIZER UNTERNEHMEN DIE MENSCHENRECHTE UND DIE UMWELT RESPEKTIEREN.

Allzu oft profitieren die Unternehmen von Ausbeutung rücksichtslosem Umgang mit der Umwelt.

Konzern- verantwortung: Ein Gewinn für die Schweiz



Laurence Fehlmann Rielle
Nationalrätin GE

Rund 120 Organisationen, Vereinigungen und Unternehmen stehen hinter der Initiative – von Gewerkschaften und religiösen Institutionen bis hin zu Organisationen aus dem humanitären Bereich. Zahlreiche bürgerliche Persönlichkeiten unterstützen das Anliegen, weil sie sich um den Ruf der Schweiz im Ausland sorgen.

Die Forderungen der Initiative: Konzerne sollen ihrer Verantwortung nachkommen und auch im Ausland die Menschenrechte und die Umwelt achten. Multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz sollen die Aktivitäten ihrer ausländischen Tochtergesellschaften kontrollieren. Wenn die Tochtergesellschaft eines schweizerischen Konzerns Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden verursacht, können die Opfer in der Schweiz Wiedergutmachung verlangen. Sie müssen dafür den erlittenen Schaden und

den ursächlichen Zusammenhang mit den Aktivitäten des Unternehmens nachweisen.

Die Initiative kam nicht aus heiterem Himmel. Zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch Schweizer Unternehmen führten zur Lancierung. 2013 wurden beispielsweise brasilianische Kinder vergiftet, nachdem ihre Schule versehentlich mit Syngenta-Pestiziden besprüht worden war. 2018 griffen Sicherheitsbeamte im Auftrag von Glencore peruanische Bauernfrauen an, die sich dem Ausbau einer Kupfermine widersetzen. In Burkina Faso wurden Kinder gezwungen, auf Baumwollfeldern zu arbeiten. Die Baumwolle wurde unter anderem von der Firma Louis Dreyfus aus Genf gekauft. Diese Beispiele machen klar, dass Empfehlungen an die Adresse von Unternehmen nicht reichen, damit sie ihr Verhalten ändern.

Bisher mussten Schweizer Konzerne für solche Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden nicht geradestehen. Sie konnten sich der Verantwortung entziehen unter dem Vorwand, dass diese schädlichen Tätigkeiten nicht vom Hauptsitz ausgegangen seien und lediglich ihre Tochtergesellschaften betrafen. Das will die Initiative ändern. Sie will sicherstellen, dass für in der Schweiz ansässige multinationale Unternehmen eine Sorgfaltpflicht gilt, die zivilrechtlich eingefordert werden kann.

Keine Umkehr der Beweislast

Entgegen den Behauptungen der Gegner wird die Beweislast nicht umgekehrt. Die Opfer müssen den erlittenen Schaden beweisen. Al-

erdings muss das multinationale Unternehmen nachweisen, dass es alle geeigneten Massnahmen ergriffen hat, um den Schaden abzuwenden, damit die Haftung ausgeschlossen werden kann.

Ein Alleingang? Mitnichten!

Die Initiative richtet sich an die 1500 in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten sind nicht betroffen, es sei denn, sie seien in einem Hochrisikosektor wie dem Gold- oder Diamantenhandel tätig.

Wieder einmal wollen die Gegner die Öffentlichkeit glauben machen, dass in der Schweiz die restriktivste Gesetzgebung der Welt gelte und die Initiative zur Ab-

wanderung der internationalen Konzerne führen würde. Weit gefehlt! In Frankreich, in den Niederlanden, in Grossbritannien und in Deutschland gelten Bestimmungen, die mit den Forderungen der Initiative nahezu deckungsgleich sind, besonders was die zivilrechtliche Haftung betrifft.

Nein zum Alibi-Gegenentwurf, Ja zur Initiative!

Der Nationalrat stimmte mehrmals einem indirekten Gegenentwurf zu, der den Rückzug der Initiative und eine rasche Umsetzung von entsprechenden Gesetzesbestimmungen ermöglicht hätte. Auf Druck von Bundesrätin Karin Keller-Suter lehnte der Ständerat diesen Vorschlag jedoch ab und stimmte für

ein Alibi-Gegenprojekt. Letzteres verlangt von Unternehmen lediglich, einen Hochglanz-Bericht zu ihren Bemühungen um Umwelt- und Menschenrechtsschutz zu publizieren, und verzichtet auf jegliche Handhabe gegen fehlbare Konzerne. Dieses Alibi-Gegenprojekt gaukelt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vor, dass es eine Alternative zur Initiative gebe, ja, dass die Initiative eigentlich unnötig sei.

Es ist darum notwendig, dass wir uns alle für die Initiative engagieren und die Anstrengungen der 350 Lokalkomitees und der 120 Organisationen unterstützen. Und dass wir alle im November für die Konzernverantwortungsinitiative ein JA in die Urne legen!

13. AHV-RENTE

Volksinitiative: Mit der 13. AHV-Rente Gegensteuer geben

NACH EINEM LANGEN ARBEITSLEBEN HABEN ALLE DAS RECHT AUF EINEN ANSTÄNDIGEN LEBENSABEND, unabhängig davon, ob sie Lohnarbeit oder unbezahlte Care-Arbeit leisteten. Doch die Renten sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Besonders betroffen sind Frauen. Darum braucht es eine 13. AHV-Rente.



Barbara Gysi,
Nationalrätin SG

gewiesen sind. Fast 10 Prozent der neu Pensionierten benötigen die Ergänzungsleistungen. Darum ist uns schon länger klar: Die AHV-Renten müssen erhöht werden.

Gerade die Corona-Krise hat uns wieder gezeigt, wie wichtig eine gute finanzielle Absicherung ist. Als soziale Vorsorge im Alter ist die AHV für alle gleichermassen von Bedeutung und muss gestärkt werden.

Die 13. AHV-Rente ist wirksam und bringt eine Rentenerhöhung um 8,33 Prozent. Immerhin. Und ganz wichtig: Alle Rentnerinnen und Rentner haben Anrecht auf eine 13. AHV-Rente. Sie darf nicht zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen führen.

Für Frauen ist die 13. AHV besonders wichtig

Die Geschlechterdifferenz und die Ungleichheit nehmen im Alter zu. Auffallend viele Frauen sind

im Alter von Ergänzungsleistungen abhängig, weil ihre kleinen Renten für eine würdige Existenz nicht ausreichen. Denn sie haben überdurchschnittlich häufig in schlecht bezahlten Berufen gearbeitet. Frauen, die in der beruflichen Vorsorge Lücken aufweisen oder über gar keine Rente verfügen, etwa weil sie Betreuungspflichten wahrnahmen und deshalb Teilzeit arbeiteten, büssen dafür im Alter. Die hohen Mieten und die Krankenkassenprämien treffen diese Rentnerinnen besonders hart.

Mit einer Erhöhung der AHV in Form einer 13. Rente ist ein wichtiger Schritt getan. Denn für die Mehrheit der Frauen ist die AHV die zentrale Einnahmequelle. Dank den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften werden diese unbezahlten Tätigkeiten in der AHV auch rentenbildend angerechnet.

Die 13. AHV-Rente ist auch eine Antwort auf die sinkenden Einkommen im Rentenalter. Die Pensionskassenrenten befinden sich seit Jahren im Sinkflug. Die Rentenverluste betragen seit 2005 real 8 Prozent. Da ist der Zustupf einer 13. AHV-Rente nicht nur willkommen, sondern bitter nötig.

Tragbare Kosten

Die Kosten von rund 4 Milliarden Franken für die 13. AHV-Rente sind tragbar. Sie entsprechen Lohnbeiträgen von insgesamt 0,7 Lohnprozenten. Noch besser ist es aber, diese Aufbesserung mit den Überschüssen der Schweizerischen Nationalbank zu finanzieren. Überschüsse, die nicht zuletzt dank Negativzinsen zustande kommen.

Während die Rechten einen Abbau bei der AHV und eine Erhöhung des Rentenalters fordern, geben wir mit dieser Initiative Gegensteuer.

Hier geht es zur Unterschrift:
bit.ly/13xAHV-SP

Die Hälfte der Menschen, die im Jahr 2017 in Rente gingen, müssen mit weniger als 1777 Franken AHV-Rente auskommen. Viele von ihnen, vor allem Frauen, verfügen über keine oder nur eine kleine Pensionskassenrente. Sie gehören darum zu den mehr als 200 000 Personen im Rentenalter, die auf Ergänzungsleistungen an-



Der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran. Nach Corona einfach zurück in den Alltag wäre darum fatal. Wir wollen die Wirtschaft wieder in Gang bringen. Aber anders!

WIR SETZEN UNS MIT VOLLER KRAFT DAFÜR EIN, DASS DIE SCHWEIZ ÖL- UND GASHEIZUNGEN ERSETZT, klimaschädliche Fabriken umbaut und Solarstrom produziert. Das ist eine wichtige Konsequenz aus der Corona-Krise. Die Stabilisierung des Weltklimas kann nur gelingen, wenn der notwendige Neustart dazu genutzt wird, Jobs im Bereich einer möglichst CO₂-neutralen Produktion zu schaffen. Die Schweiz kann davon enorm profitieren.

Klimaschutz – jetzt erst recht!



Beat Jans,
Vizepräsident
SP Schweiz,
Nationalrat BS

Der Himmel war frei von Kondensstreifen, auf den Strassen herrschte kaum Verkehr. Die Welt erlebte den grössten Rückgang an Treibhausgasen der Geschichte. Die Umwelt erhielt eine Verschnaufpause. Sie war die Gewinnerin des Corona-Lockdown. Die Verlierer*innen sind Menschen ohne wirtschaftliche Reserven. Die Arbeitslosigkeit nahm in der Schweiz um rund 50 Prozent zu. Etwa 80 000 Menschen werden in den nächsten zwei Jahren neu Sozialhilfe benötigen.

Und jetzt? Kehren wir möglichst schnell zum Alltag zurück, als wäre nichts geschehen? Nein. «Weiter wie bisher» geht nicht. Wir können weder den drohenden Klimakollaps noch die Corona-Not akzeptieren. Deshalb wollen wir, dass die krisengeschädigte Wirtschaft rasch wieder auf dei Beine kommt. Aber eben anders. Wir wollen dafür sorgen, dass das

Schicksal unseres Planeten nicht länger von individuellen Kaufentscheidungen und profitgierigen Eigentümern abhängt, sondern von politischen Rahmenbedingungen geleitet wird, die die Lebensqualität verbessern und die ökologischen Grenzen der Erde respektieren.

Verschuldung zahlt sich aus

Nicht blindes Wirtschaftswachstum soll die Politik leiten, sondern Lebensqualität und Ökologie. Wir wollen die essenzielle Infrastruktur, die «Care-Wirtschaft», die lokale Produktion, die Mitbestimmung und die Kreislaufwirtschaft stärken. Und kurzfristig soll die wachsende Arbeitslosigkeit mit staatlichen Investitionen für den Klimaschutz aufgefangen werden. So kann sich die Schweizer Wirtschaft, die in den nächsten Monaten schwach ausgelastet ist, auf die Zukunft vorbereiten.

Gleichzeitig wird der Klimaschutz endlich beschleunigt.

Die dafür nötige Verschuldung wird künftige Generationen nicht belasten, sondern ihre steuerlichen und wirtschaftlichen Aussichten verbessern. Denn staatliche Investitionsanreize für die CO₂-Verminderung lohnen sich. Die Bruttowertschöpfung wächst. Der vom Staat eingesetzte Franken wird mehrfach zurückbezahlt werden. Zudem ist die Staatsverschuldung auf lange Sicht rentabel. Auf Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 20 Jahren verlangt der Bund aktuell einen Negativzins von minus 0,25 Prozent. Der Bund verdient auf jede Schuldenmilliarde 2,5 Millionen Franken, und das zwanzig Jahre lang.

Die Schweiz im Hintertreffen

Es stellt sich nicht die Frage, ob die Schweiz sich zusätzliche Klimaschutzinvestitionen leisten



123RF.COM



123RF.COM

Mit Solarenergie liesse sich schon viel erreichen.



123RF.COM

Die Klimajugend protestiert für «Change».

kann, sondern ob sie es sich leisten kann, diese jetzt nicht zu tätigen. Unser Land riskiert, abgehängt zu werden. Die EU, Grossbritannien und rund 50 weitere Staaten lancieren zum Teil riesige Investitionsprogramme zum klimafreundlichen Wiederaufbau ihrer Wirtschaft. Der Internationale Währungsfonds, die Energieagentur und die OECD fordern dies ebenfalls.

Wie seinerzeit beim Abwasser

Investitionsprogramme der öffentlichen Hand zur Lösung grosser Umweltprobleme sind ein typisch schweizerisches Erfolgsrezept. Zur Lösung der Abwasserprobleme zum Beispiel investierten Bund, Kantone und Gemeinden ab 1972 rund 35 Milliarden Franken. Deshalb können wir heute in den Schweizer Flüssen baden, und die ganze Welt beneidet uns darum. Es ist eine Schande, dass die Schweiz in Europa bei der Solar- und Windenergie zu

den Schlusslichtern gehört. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger erster Schritt. Ohne rasche Investitionen geht es aber nicht.

Konkret verlangt die SP, dass der Bundesrat das Covid-19-Kreditprogramm für Klimaschutz verlängert. Firmen sollen damit neu auch Investitionen finanzieren können, die zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen, zum Beispiel solche in Anlagen, Flotten, Gebäude, Forschung und Entwicklung. Zudem sollen mit höheren Bundesinvestitionen der Ausbau von Solarenergie, von elektrischen Lade- und Speicherlösungen und die Sanierungen von Gebäuden und Produktionsprozessen beschleunigt werden. Geplante Ausgaben für die Revitalisierung von Naturschutzgebieten und Fliessgewässern muss der Bund vorziehen.

Zurück zur Situation vor Corona ist keine Option. Stillstand auch nicht. Wir müssen jetzt handeln!

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



«Hätte ich auf die Politik gewartet, wäre nichts passiert»

SP-POLITIKERIN YLFETE FANAJ WURDE IM VERGANGENEN JUNI ALS ERSTE SECONDA ZUR LUZERNER KANTONSRATSPRÄSIDENTIN GEWÄHLT. Wir fragen nach dem Schlüssel zum Erfolg.

Ylfete, als junge Frau mit Migrationshintergrund politisierst du in einem konservativen Kanton mit einer reinen Männerregierung. Wie kannst du dich in diesem Umfeld durchsetzen?

Als SP haben wir einen nicht einfachen Stand, sind aber als Fraktion sehr aktiv. Mir persönlich ist es wichtig, verschiedene Meinungen einzubeziehen. Ich verfolge meine Themen beharrlich. Genauso wichtig ist für mich aber die Arbeit in Vereinen und in Projekten.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Die Sexarbeiterinnen in Luzern wurden mit Verboten an den Stadtrand verdrängt und dort sich selbst überlassen. Gemeinsam mit anderen gründete ich einen Verein und wir stellten einen Container hin, den wir nun betreiben. Hätte ich Vorstösse eingereicht und auf die Politik gewartet, wäre nichts passiert. Darum versuche ich auch mit zivilgesellschaftlichem Engagement, einen Beitrag zu einer Verbesserung der Lage zu leisten.

Was sind deine Ziele fürs Präsidentschaftsjahr?

Ich möchte jenen eine Stimme geben, die keine haben. Ihren Gesichtern und ihren Geschichten möchte ich eine Plattform geben und die Vielfalt der Bevölkerung sichtbar machen.

Was hat dich politisiert?

Ich bin 2002 Schweizerin geworden. Geprägt haben mich die Ausländerpolitik und die Tatsache, dass Schweizer*innen über Migrant*innen bestimmen, die hier leben und ihren Platz haben – aber keine Stimme.

Stört es dich, dass dein Migrationshintergrund immer wieder erwähnt wird?

Manchmal schon. Mein Vorgänger war erst vier Jahre im Kantonsrat, als er Präsident wurde. Nach 13-jähriger parlamentarischer Tätigkeit wurde nun ich gewählt, und dies wird als etwas Spezielles wahrgenommen. Das zeigt mir, dass es immer noch nicht selbstverständlich ist. In staatlichen Institutionen soll sich

aber die ganze Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln.

Was ist dein Erfolgsgeheimnis?

Neugierig sein, immer wieder etwas Neues ausprobieren. Was ich mache, mache ich mit Leidenschaft. Was auch sehr wichtig ist: Auf meinem Weg haben mich viele Genossinnen und Genossen unterstützt und an mich geglaubt. Ihnen bin ich sehr dankbar.

Wurdest du je diskriminiert?

Mein Name war ein Hindernis. Obwohl ich eine sehr gute Sekundarschülerin war, musste ich für

eine KV-Lehre 200 Bewerbungen schreiben. Erst in allerletzter Minute fand ich eine Lehrstelle. Dabei sind Schule und Bildung die Schlüssel zur Integration. Ihr gilt mein voller Einsatz.

Was kommt nach dem Kantonsratspräsidium? Wirst du Regierungsrätin?

Ich will dieses Jahr nutzen und gestalten, will zeigen, dass es in Luzern viel mehr gibt als eine bürgerliche Männerregierung. Wohin mich der Weg führt? Ich weiss es nicht. Wie gesagt, ich bin neugierig.

Zur Person

Ylfete Fanaj, 38, war vier Jahre im Stadtparlament Luzern. Seit 2011 sitzt sie für die SP im Kantonsrat und war während vier Jahren Fraktionschefin. Im Juni wurde sie zur Kantonsratspräsidentin gewählt. Sie ist in zahlreichen Vereinen aktiv und arbeitet als Bereichsleiterin beim Jugendprojekt LIFT in Bern, das sich an Jugendliche auf Lehrstellensuche richtet.

ylfetefanaj.ch



**ALTERNATIVE
BANK
SCHWEIZ**



**30 JAHRE
ECHT ANDERS.**